



17.02.2004

„Ein Schlag ins Gesicht der kleinen Leute“

Einige Mitglieder der Bürgerinitiative wollen jetzt auch weniger Ausgleichsbeiträge zahlen. Sie haben einen Brief an die EU geschrieben.

leer - Ein Zugeständnis der Stadt an einen Leeraner Reeder sorgt für neuen Unmut im Sanierungsgebiet „Soziale Stadt“. So wie es aussieht, formiert sich die Bürgerinitiative (BI) in der „Sozialen Stadt“ deshalb neu. Die BI sah ihre Ziele eigentlich erreicht und befand sich schon in Auflösung.

Das Rathaus will dem Reeder bei der Erschließung eines Grundstücks im Gewerbegebiet „Nüttermoorer Sieltief“ finanziell entgegenkommen. Aus strukturpolitischen Gründen soll er deutlich weniger zahlen als er eigentlich müsste (die OZ berichtete).

Nach dem Motto „gleiches Recht für alle“ fordern Hauseigentümer im Sanierungsgebiet nun auch, geringere Ausgleichsbeiträge zahlen zu müssen. Die Ausgleichsbeiträge müssen die Eigentümer dort zahlen, weil mit der Sanierung eine Wertsteigerung ihrer Grundstücke einhergeht.

Aus rein rechtlicher Sicht lassen sich die Erschließungskosten für das Gewerbegrundstück des Reeders und die Ausgleichsbeiträge in der Oststadt zwar nicht vergleichen, eine Ungleichbehandlung erkennen Mitglieder der Bürgerinitiative dennoch. Es störe das gesunde Empfinden der Betroffenen, sagen sie. Vorneweg Gerhard Leuschner und Dieter Diesmann. „Das ist ein Schlag ins Gesicht der kleinen Leute“, sagt Leuschner, der bislang schon Vorstandsmitglied der BI ist. Einem „reichen Reeder“ würden die Vergünstigungen gewährt, alle anderen müssten auf Heller und Pfennig zahlen. Leuschner: „Wir sind wieder einmal die Dummen.“

Leuschner und Diesmann haben dem niedersächsischen Ministerpräsidenten und der EU einen Brief geschrieben. Darin machen sie auf ihre Situation aufmerksam und ihrem Ärger Luft. Wohlwissend, dass sie kaum eine rechtliche Handhabe haben, schlagen sie in dem Schreiben vor, die öffentlichen Ausgaben für das Sanierungsgebiet zu halbieren. Das würde automatisch die Ausgleichsbeiträge senken. Auch so könne man der Gerechtigkeit genüge tun. Zumal, so sagen sie, die Oststadt kein wirklicher sozialer Brennpunkt sei.

Ganz einig ist sich die BI allerdings nicht. Wenigstens der Vorstand ist geteilter Meinung. Der noch amtierende Vorsitzende Bernd Meyer will nicht mehr mitmachen. Er sieht seine Mission erfüllt. Man sei angetreten, tragbare Ausgleichsbeiträge zu erkämpfen und den Eintrag ins Grundbuch rückgängig zu machen. Das sei gelungen.

Das will Leuschner gar nicht leugnen. Allerdings sagt er: „Viele haben das Ergebnis hingenommen, aber nicht wirklich angenommen.“ Unter der Decke gäre es immer noch. Der Ärger breche mit der Entscheidung zu Gunsten des Reeders jetzt offen zu Tage.

Eventuell schon in der kommenden Woche soll die BI zu einer Versammlung zusammen kommen, um über das weitere Vorgehen zu beraten und einen neuen Vorstand zu wählen. Neben Bernd Meyer will aber auch das Vorstandsmitglied Marianne Theile-Klinkhamer aussteigen. " „Wir sind wieder einmal die Dummen“ "

Gerhard Leuschner